

569 Stellen auf Schlies Sparliste

KN
6.1.06:
S. 1

Carstensen: Kabinett berät am 24. Januar

Kiel – Die Vorarbeiten für eine umfangreiche Übertragung von Landesaufgaben auf die kommunale Ebene sind abgeschlossen. Das von Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) selbst gesetzte Ziel, dadurch auch Personal in großem Stil abzubauen und so 2000 Stellen einzusparen, wurde aber weit verfehlt.

Von Uta Wilke

Der im Finanzministerium angesiedelte Staatssekretär und Leiter der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau“, Klaus Schlie, übergab gestern Ministerpräsident Peter Harry Carstensen den 860 Seiten dicken Bericht. Zum Umfang des Personalabbaus wollte der Regierungschef noch nichts sagen, da sich das Kabinett erst am 24. Januar mit den Vorschlägen befasst. Gegenstand der Untersuchung waren die rund 8000 Stellen der engeren Ministerialverwaltung, der Wirtschaftsbetriebe des Landes und der nachgeordneten Behörden, zum Beispiel Staatliche Umweltämter, Katasterämter oder Ämter für ländliche Räume. Diese will Schwarz-Rot laut Koalitionsvertrag „soweit wie möglich“ auflösen.

Nach Informationen der Kieler Nachrichten werden aber durch das Konzept unter dem Strich nur 569 Stellen eingespart. Dabei

fällt der größte Brocken bei dem Landesbetrieb für Straßenbau an, wo durch Umstrukturierung 300 Stellen wegfallen sollen. Ein weiterer großer Posten ist die Privatisierung von Aufgaben der Forstverwaltung, was 202 Stellen weniger bedeutet.

Die Projektgruppe schlägt außerdem umfangreiche Personalumschichtungen auf die kommunale Ebene vor: 1222 Stellen. Hier ist der größte Brocken die Katasterverwaltung mit 453 Stellen. Politisch umstritten im Kabinett ist die von Schlie vorgeschlagene Kommunalisierung des Landesamtes für den Nationalpark Wattenmeer (15 Stellen) oder die Kommunalisierung von Naturschutz und Immissionsschutz (103 Stellen). Allerdings könnten im Falle dieser Personalverschiebungen keine Aussagen zu möglichen Einsparungen gemacht werden, heißt es in dem Bericht. Zum Hintergrund: Durch die Verlagerung von 1222 Stellen auf die kommunale Ebene wird zunächst kein Cent weniger ausgegeben, da das Land bei Aufgabenübertragung die Kosten erstatten muss. Auf Grundlage des Berichts erarbeitet nun Innenminister Ralf Stegner (SPD) seine Vorschläge für die Verwaltungsstrukturreform: Künftig sollen Kreise und kreisfreie Städte bisherige Landesaufgaben in vier bis fünf Verwaltungsregionen gemeinsam wahrnehmen. **Seite 14,**

Kommentar Seite 2

KN, 6.01.06, S. 1